

Correspondent

Erscheint
Dienstag, Donnerstag,
Sonnabend.
Jährlich 150 Nummern.

für

Alle Postanstalten
nehmen Bestellungen an.

Preis
vierteljährlich eine Mark.

Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

XXXIV.

Leipzig, Sonnabend den 19. September 1896.

№ 110.

An die Adresse der Opposition.

Schon seit geraumer Zeit wird das kollegiale Zusammengehörigkeitsgefühl, der freundschaftliche Verkehr und das so heitere Wesen im geselligen Beisammensein in Buchdruckerkreisen schmerzlich vermisst. Statt dessen hat eine Gehässigkeit Platz gegriffen, die jedem geraten erscheinen läßt, ein Zusammentreffen mit Andersgesinnten zu vermeiden. Der Ballonmügenton scheint sich unter den Berufsgegnossen einzubürgern und speziell ein Teil der mit Radikalismus renommierten Kollegen gefällt sich in einem derartigen Jargon. — Erwähnt muß werden, daß nur ein Teil sich diese wenig beneidenswerten Umgangsformen angeeignet hat, denn mit den anständiger gesinnten Oppositionellen läßt sich immer noch ein offenes Wort sprechen, ohne daß dabei Gehässigkeiten oder ordinäre Bemerkungen zum Ausdruck gelangen. — Persönliche Beleidigungen und Imputierung falscher Thatsachen sind alltägliche Erscheinungen, ja selbst die Androhung roher Gewalt scheint für manche ein geeignetes Mittel zu sein, dem Gegner die Zweckmäßigkeit ihrer Ansicht zu demonstrieren. Traurig muß es um diejenigen bestellt sein, welche ihren Standpunkt nur mit solch verwerflichen Mitteln zu verteidigen wissen.

Ist in Vorstehendem darauf hingewiesen, wie sich das Verhältnis unter den Kollegen gestaltet hat, so mag im weitern versucht werden, eine Klärung des unheilvollen Zustandes anzubahnen, denn für jeden, der es ehrlich mit der Organisation meint, muß es erwünscht sein, daß in dieser Beziehung Remedur geschaffen wird.

Die Generalversammlung betonte ausdrücklich, daß sich die Minorität der Majorität zu fügen habe. Das ist leider nicht geschehen. Der Protest gegen den Beschluß betr. Tarifgemeinschaft hat nahezu bedenkliche Dimensionen angenommen, aber aus allem Protestieren ist nicht zu erkennen, was damit eigentlich erreicht werden soll. Bekanntlich verlangt man von der Gehilfenleitung die Klärung ihrer Taktik, mit demselben, ja noch weit größerem Rechte könnte von der Opposition Aufklärung darüber verlangt werden, was durch ihr eignes Verhalten erstrebt werden soll. Die Begründung, mit der Tarifgemeinschaft nicht einverstanden zu sein — wir sind es ebenfalls nicht — oder daß die Gültigkeitsdauer abgelaufen werden müsse, ist so lange ohne Bedeutung, als nicht positive Vorschläge gemacht werden, wie dies erreicht werden soll.

Wie es scheint, sind sich die Gelehrten der Opposition hierüber selbst noch nicht einig, wenigstens ist bis heute noch nichts davon an die Öffentlichkeit gelangt. Oder sollte man damit hinter dem Berge halten? In diesem Falle wäre derselbe Fehler zu konstatieren, den man der Gehilfenleitung zum Vorwurfe macht, nämlich, daß nicht mit offenem Bistire gekämpft wird. Ohne Zweifel ist daher das unbestreitbare Recht vorhanden, die Opposition zu veranlassen, ihre wahren Absichten der Öffentlichkeit zu unterbreiten. Vielleicht ließe sich dann über die bis jetzt noch dunklen Pläne diskutieren und auf alle Fälle würde ein modus

vivendi gefunden werden, unter welchem die Einigkeit innerhalb der Organisation wieder herbeigeführt werden könnte.

Sind die Absichten der Radikalen reell und läßt sich daraus etwas Ersprießliches für die Gehilfenhaft konstruieren, so kann die bestimmte Zusicherung gegeben werden, daß alle Verbandsmitglieder erklären, das Möglichste zur Besserung ihrer eignen Lage beizutragen. Es wäre doch sonderbar, wollte sich in diesem Falle jemand sträuben, für seine Interessen einzutreten.

Wenn auch die Opposition von den Widersachern unserer Organisation noch so sehr unterstützt wurde, so ist doch bis dato nicht der geringste Erfolg nachzuweisen, der für uns als zweckdienlich betrachtet werden könnte. Wenn allerdings in dem Bestreben, Zwietracht in unsere Reihen zu säen, ein Vorteil erblickt wird, so muß unumwunden zugestanden werden, daß hierin großartiges geleistet wurde.

Mit der Bevormundung, welche die Parteipresse der Renitenz angedeihen läßt, wird der letztern unstreitig ein testimonium paupertatis ausgestellt, und es würde den radikal gesinnten Kollegen durchaus nicht zum Schaden gereichen, wenn dieselben die Verteidigung ihrer Angelegenheiten selbst in die Hand nähmen. Zu jeder Zeit haben die Buchdrucker verstanden, ihre gewerblichen Verhältnisse selbst zu regeln, um so tomischer muß es daher wirken, wenn sich jetzt ein freiwilliger Anwalt findet, welcher die angeblich „Vergewaltigten“ unter seine Fittiche nimmt.

Von unserer Seite hat sich noch niemand angemacht, der Parteipresse irgend welche Vorschriften über ihr Thun und Lassen zu machen, um so mehr können wir verlangen, daß man sich auf jener Seite über unsere Handlungen nicht die geehrten Köpfe zerbricht. Eine Registrierung aller Vorkommnisse im gewerblichen Leben ist Pflicht eines jeden Arbeiterblattes; aber sobald dabei die Grenzen der Objektivität überschritten werden, wirken die Publikationen abstoßend, denn jeder unbefangene Leser muß die offenbare Parteilichkeit verabscheuungswürdig finden.

Mit der Darlegung dieses Sachverhaltes soll durchaus nicht beabsichtigt werden, eine Polemik einzuleiten, denn wir huldigen dem Grundsatz: „Ein jeder lehrt vor seiner Thür usw.“, vielmehr soll unseren oppositionellen Kollegen vor Augen geführt werden, wie man von unberufener Seite bestrebt ist, die ungerühmlichen Bernwürfnisse in unserm Verbands weiter zu schüren, und daß es an der Zeit ist, diesem für uns alle schädlichen Zustand ein Ende zu machen.

Erkläre darum die Opposition offen und ehrlich, wie sie sich eine für beide Teile befriedigende Realisierung unsers Tarifwesens denkt und beraten wir dann gemeinsam, ob auf legalem Weg irgend etwas erreicht werden kann. Auf jeden Fall läßt sich in dieser Weise eine Einigung erzielen und die leidige Streitart könnte endlich begraben werden.

Lange genug hat die Zersplitterungspart ihr Wesen getrieben, wir sind dabei statt vorwärts rückwärts gekommen, während bei ruhiger und

sachlicher Ueberlegung immense Vorteile hätten erlangt werden können. So bewahrheitet sich wieder das alte Sprichwort:

Friede ernährt — Unfriede verzehrt!
W. H.

Auch ein Wort zur Frage der Korrektoren.

Herr Kollege Rabert in Stuttgart stellt in Nr. 102 die Lage der Korrektoren im Verhältnis zu den übrigen Buchdruckern mit Recht als eine mißliche hin, freilich die Verantwortlichkeit einer solchen Stellung, spricht „von dem gebildetsten Elemente der Buchdrucker“ und gibt Fingerzeige zur Erlangung einer bessern Lebenshaltung, die darin gipfeln, daß sich Korrektorenvereine bilden möchten.

Gewiß ist es anerkennenswert, daß sich endlich Kollegen finden, die für eine gute Sache eintreten, für die man bisher Thür und Thor verschlossen hatte. Wadches gutgemeinte Wort findet in jenem Artikel den weitesten Anklang: muß doch jeder Gerechtdenkende die beklagenswerte Lage zugeben, ein Herz auch für diesen Stand empfinden, sein Wohlwollen entgegenbringen und mitarbeiten an der Anbahnung besserer Verhältnisse.

Bevor ich indes zur eigentlichen Materie übergehe, seien an Herrn Kollegen Rabert, den ich glaube frei von Vorurteilen halten zu dürfen, der das Gute will, der auch Anderdenkende in ihrer Meinung ehrt, einige Vorbemerkungen gestattet.

Mit den Worten „von dem gebildetsten Elemente der Buchdrucker“ hat sicherlich der Herr Verfasser nicht im geringsten an eine Ueberhebung gedacht, ich meine, nicht an eine Standesüberhebung, sondern nur einem reichen Wissen das Wort reden wollen, was ihm durch eine gewählte Ausdrucksweise gelungen wäre und so nicht zu einer „bittern Pille“ bei manchen der übrigen Buchdrucker Veranlassung gegeben hätte.

Man muß Bildung und Wissen unterscheiden. Bildung ist die Sprache des Herzens, Wissen das reale Können des Menschen. Es gibt ein Wissen ohne Herz und ebenso umgekehrt; wer beides in hoher Potenz in sich vereinigt, hat die erste Stufe des Kulturliebens erklimmen.

Bildung kann man finden im abseitig gelegenen Dorfe, das von der Großstadt „Kultur“ wenig oder gar nicht „beledt“ ist, im einfachen Menschen, dem die Eigenschaften des äußern gesellschaftlichen Tactes fremd sind; gebildet ist, wer Toleranz übt, wer politisch Andersdenkende anhört, sie ihrer Meinung wegen nicht verachtet.

Das Wissen des Korrektors soll bestehen aus allgemeinem, sprachlichem und sachlichem Wissen, das des Setzers oder Maschinenmeisters je nach seiner besondern Art vornehmlich aus sachlichem Wissen.

Es ließe sich mithin in Bezug auf Wissen — und dies wird jeder Gerechtdenkende zugeben — sagen, daß daselbe beim Korrektor ungleich größer ist als bei den übrigen Buchdruckern.

Und wie sieht es im Verhältnis zur Bezahlung? — Schlecht. Es gibt genug Korrektoren, die nur mit dem Minimum entlohnt werden, ja selbst solche, die daselbe noch nicht einmal erhalten!

Den Weg, den Herr Kollege Rabert zur Erlangung einer bessern Lebenshaltung zeigt, halte ich für wenig geeignet, praktische Erfolge zu erzielen. Er wünscht die Bildung eines Korrektorenvereins innerhalb des Verbandes. Liegt es schon an und für sich nicht im Interesse eines Vereins, wenn sich innerhalb desselben Untervereine mit besonderen Zwecken bilden, die logischerweise dann abzusprechen und das so wichtige Solidaritätsgefühl verlieren, so ist die erstrebte Vereinigung von meinem Standpunkt als unparteiliches Verbandsmitglied aus auch schon deshalb ein todesbornes Kind, als sich Korrektoren, die dem Verband angehören, kaum auf hundert belaufen dürften. Man beachte, daß ein nicht geringer Teil der Korrektoren Nichtfachleute (Akademiker usw.) sind. Und damit muß gerechnet werden.

Zur Erlangung einer Vereinigung empfehle ich daher die Gründung eines Korrektorenvereins außerhalb des Verbandes, der aber möglichst dieselben Ziele wie der letztere sich zur Richtschnur nimmt. Empfehlenswert wäre

auch ferner die Gründung eines Fachblattes, das sich vornehmlich mit sprachlicher Wissenschaft befaßt und somit ein gern gelesenes Blatt für die gesamte Buchdruckerwelt würde. (Noch ein Fachblatt? Wir sollten denken, es wäre daran kein Mangel. Das hier in Frage kommende Gebiet gehört — soweit es nicht rein sprachwissenschaftliche Thematika berührt, für die bereits eine reichhaltige Literatur existiert — in die Fachblätter, welche sich vorwiegend mit dem Technischen unsers Gewerbes befassen. Red.)

Herr Kollege Rabert wird, wie er schreibt, nächst dem mit einem Entwurfe vor die Deffentlichkeit treten. Es dürften meine Fingerzeige gewiß auch einen Beitrag zu den Satzungen für den geplanten Verein bilden, der nach meiner Uebersetzung nur Leben gewinnen kann, wenn jeder Korrektor, ob Verbandsmitglied oder Nichtorganist, ob Sachmann oder Nichtsachmann, dem Vereine beitreten kann.

Möge das neue Werk in angeregtem Sinne gelingen!
Berlin. Otto Koch.

Korrespondenzen.

-r. Offen. Die am 12. September abgehaltene Mitgliederversammlung war von etwa 70 Kollegen besucht. Das Vorgehen des Verbandsvorstandes gegen die Gründer der V. B. wurde als taktisch unrichtig dargestellt, die Gründung eines zweiten Verbandsorgans aber von den meisten Kollegen (selbst von Anhängern der Opposition) einer scharfen Kritik unterzogen. Von vier zur Abstimmung gelangenden Resolutionen wurde schließlich eine mit 36 gegen 21 Stimmen angenommen, welche die Zurücknahme des Ausschusses davon abhängig macht, daß die an der Gründung der V. B. beteiligten Kollegen ihr Unternehmen einstellen. — Bei dieser Gelegenheit wurde darauf hingewiesen, daß auch in den Kreisen anderer Berufsgruppen für das genannte Blatt agitiert und somit der Antipathie, welche ohnehin in diesen Kreisen gegen unsre Organisation vorherrschend, neue Nahrung zugeführt werde und die Kollegen ersucht, für die Folge diese Agitation zu unterlassen. — Mängel der eingangs erwähnten zahlreiche Versammlungsbesuche ein gutes Vorzeichen sein für den Besuch der folgenden Versammlungen. Das Benehmen einzelner Anhänger der Opposition, welche ihrem Zorne darüber, daß die in ihrem Sinne verfaßte Resolution abgelehnt worden war, Luft machten, indem sie die Kollegen, welche gegen dieselbe gestimmt, mit beleidigenden Äußerungen traktierten, möge an dieser Stelle noch gebührend gehört werden. — Von einer Einführung des neuen Tarifs hört man in unsrer Stadt noch nichts. Sogar diejenigen Prinzipale, die sich anfangs der Bewegung schriftlich und mündlich für die Tarifverhandlungen erwärmten und versprochen, dem nachzukommen, was beschlossen wurde, scheinen jetzt wortbrüchig zu werden. Ich behalte mit vor, in nächster Zeit auf die tariflichen Verhältnisse in den hiesigen Druckereien zurückzukommen.

8 Frankfurt a. M. Die Mitglieder des Gauces stehen wiederum vor der Wahl eines Gauvorstehers. Die vorgeschlagenen Kandidaten repräsentieren zwei Richtungen: Die der ruhigen Fortentwicklung des Verbandes und die der Politik Gafsch sans phrase. Der Kandidat der ersten Richtung ist der fetterliche Gauvorsteher, welcher seit vielen Jahren und unter den schwierigsten Verhältnissen die Führung des Verbandes hochgehalten hat, während der zweite Kandidat hier noch nie für den Verband resp. dessen Hebung eine Tätigkeit entwickelte und erst seit der Zeit, wo er in der Frankfurter Volksstimme konditioniert, sich in der Deffentlichkeit bemerkbar macht. Kollegen! Laßt euch nicht durch Wahlmagnationen betören, wie es bei der letzten Wahl des Gehilfenstellvertreters versucht wurde. Gebt dem Kandidaten eure Stimme, der schon den Beweis erbracht hat, daß er stets für eure Interessen eingetreten ist.

-z. Göttingen. Am 6. September unternahm es der hiesige Bezirksvorsitzende Kollege Bornemann mit noch zwei anderen Vorstandsmitgliedern, den Kollegen unsrer Nachbarstadt Duderstadt einen Vortrag über die Zwecke und Ziele unsrer Organisation zu halten. Zu dieser Zusammenkunft hatten sich erfreulicherweise sämtliche acht daselbst konditionierenden Kollegen (ein Mitglied und sieben Nichtmitglieder) eingefunden. Herr Bornemann gab in seinem Vortrage den Anwesenden ein Bild von der Entstehung des Verbandes bis zu dessen augenblicklichem Bestand und berührte auch die einzelnen Kampfperioden, welche der Verband bis jetzt durchgemacht hat, deren Veranlassung in erster Linie stets das Eintreten seiner Mitglieder für Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen bildete. Mit sichtlichem Interesse folgten die Kollegen den Ausführungen des Redners, welchen sich dann noch eine weitere Aussprache über den jetzt neu geschaffenen Tarif anschloß, woran sich auch die meisten Duderstädter Kollegen beteiligten. Sodann wurden namentlich auch die einzelnen Unterstützungszweige des Verbandes erläutert und an mehreren treffenden Beispielen gezeigt, daß der Verband seinen Mitgliedern in allen Lebenslagen sichern Schutz bietet. Das letztere wurde denn auch von allen Seiten anerkannt und den Göttinger Kollegen für ihre Ausführungen der Dank der Versammelten ausgesprochen. Zum Schluß erwähnte Kollege Bornemann nochmals, das heute Gehörte zu beherzigen, die verteilten Drucksachen fleißig zu studieren und den Dank für das Gehörte dadurch zu betätigen, daß man die Anmeldebüchlein zum Verband ausgefüllt

ihm recht bald zukommen lasse, was hoffentlich geschieht. Den Duderstädter Kollegen für die uns gewordene freundliche Aufnahme nochmals besten Dank.

Heilbronn, 14. September. Schon vor Wochen hat die Gehilfenschaft Heilbronn ihre Herren Prinzipale durch besonders einberufenen Einzelredner-Versammlungen gebeten, sich über die Einführung des neuen Tarifs zu äußern. Es wurde der Gehilfenschaft erklärt, man sei geneigt den Tarif anzuerkennen, wenn dieser oder jener ihn ebenfalls anerkenne. Da uns durch diese Versicherungen, die eben nur Versicherungen zu bleiben schienen, absolut nicht gebient war, riß uns der Faden der Geduld und wir beriefen nach einer vorausgegangenen Mitgliedschaftsversammlung am letzten Samstag eine allgemeine Buchdrucker-Versammlung in den Saal der Schwab. Bierhalle ein, welche von etwa 80 Kollegen besucht war. Der Gehilfenvertreter des Kreises IV, Kollege K. Rente aus Stuttgart, hatte das Referat übernommen und schilderte in kurzen Zügen die Geschichte der jüngsten Bewegung, ausführend, daß der Tarif seit 1. Juli für Prinzipale und Gehilfen Rechtskraft erlangt habe und es deshalb unsre Pflicht sei, die Vorteile desselben auch für uns auszunützen, um noch weitere hundert Kollegen zu den 14000 zu bringen, die sich schon im Genusse des neuen Tarifs befinden. Es sei, wie es scheint, auf gutlichem Wege von den hiesigen Prinzipalen nichts zu erreichen und da die Gehilfenschaft ihren Willen den Prinzipalen schon einmal geäußert, so sei es nun auch ihre Pflicht, für das, was sie wolle, energisch einzutreten. Redner ermunterte speziell die Nichtmitglieder, teilzunehmen an den Besprechungen der Verbandsmitglieder — ein rascher und vollständiger Sieg werde die unbedingte Folge sein. — Nach dem mit großem Beifall aufgenommenen Referat entspann sich eine lebhafteste Debatte, in der sich sämtliche Redner für ein rasches und energisches Vorgehen aussprachen. Folgende Resolution, welche den hiesigen Prinzipalen sofort zugehen soll, gelangte zur einstimmigen Annahme: „Die verammelten Buchdruckergehilfen Heilbronn müssen mit Behauern konstatieren, daß der in den Monaten Mai und Juni zwischen den deutschen Prinzipalen und Gehilfen vereinbarte Lohnvertrag nicht in einer Offizin Heilbronn Eingang gefunden, obwohl die Prinzipalvertreter in bestmöglicher Form für die anstandslose und allgemeine Durchführung des Tarifs mit seinen neuen Abänderungen sich verbürgt haben. Da nun aber gerade in Heilbronn mit seinem regen Berufsleben die Lebensmittel und Mietpreise in fortwährend steigender Tendenz sich bewegen und die bisher bezahlten Löhne vielfach diesen Verhältnissen in keiner Weise entsprechen, so ersucht die Versammlung die Herren Prinzipale, die seitens der Tarifkommission festgesetzten Positionen, gleichwie in Stuttgart, Forstheim, Karlsruhe, Gannstatt, Eßlingen usw., auch in Heilbronn einzuführen und bittet höflich, der unterzeichneten Kommission bis zum 14. September vor Beginn der Arbeit Antwort über die diesbezügliche Stellungnahme zugehen zu lassen.“ Mit brausendem Beifalle wurde der darauffolgende Antrag angenommen, nach welchem sich die Gehilfenschaft am Montag in der Schwab. Bierhalle versammeln, um die definitive Antwort der Herren Prinzipale zu erwarten, und im ablehnenden Falle die Arbeit nicht eher aufnehmen sollte bis der ganze Tarif bewilligt ist. Dieser Antrag wurde von 65 Kollegen unterzeichnet und hierauf eine Kommission von sieben Mann gewählt, welche nach Eintreffen der Antworten von den Prinzipalen mit diesen verhandeln sollte. Bei der Begeisterung, welche die Versammlung befeuerte, und in Anbetracht des Umstandes, daß sich beinahe drei Viertel aller hiesigen Buchdrucker solidarisch erklärten, war im voraus auf eine baldige Beilegung des Konfliktes zu rechnen. Es waren denn auch heute früh von den bedeutenderen hiesigen Druckereien Antworten eingelaufen, die eine Unterhandlung möglich machten, und schon um 8 Uhr konnte in der Gehilfenschaft Buchdrucker, der bedeutendsten am hiesigen Plage, die Arbeit wieder aufgenommen werden, wodurch 32 Gehilfen von den Ausländigen abgingen. Heute abend war von den Druckereien Otto Weber (Sonntags-Anzeiger) und Fischer & Wulle (Heilbronner Zeitung) die Bewilligung da, so daß auch dort morgen früh wieder angefangen werden kann. Letztere Druckerei wollte übrigens den neuen Tarif erst am 1. Oktober in Kraft treten lassen, worauf jedoch die Versammlung am Samstag nicht eingehen zu können glaubte. Heute sind noch die Gehilfen der Buchdrucker von C. Rembold, welcher Herr vor noch nicht gar langer Zeit als Gehilfe unsrer Organisation angehörte, den Tarif aber nicht anerkennen will, diejenigen der Druckerei von P. Kostenbader und derjenige (1) von Hölbe am Auslande beteiligt, indessen ist auch in diesen Druckereien eine Einigung bald zu erwarten. Daß unter den abwaltenden Verhältnissen der Bezug von Heilbronn fernzubalten, das ist selbstverständlich und wir richten an jeden Kollegen die Bitte, zu seinem Teile dazu beizutragen, daß ein solcher nach hier nicht stattfindet. Dann ist der vollständige Sieg unser. — In der Druckerei von Fischer & Wulle (demokratische Heilbronner Zeitung) haben die Gehilfen wegen Maßregelung von fünf Kollegen die Arbeit wieder eingestellt.

-s. Landsberg a. N. (Bayern). Schon über ein und ein halbes Jahr dauert, abgesehen von einigen kleinen Pflanzleuten, der Waffenstillstand, den die hiesige Gehilfenschaft mit dem Gründer des Oberbayerischen Generalanzeigers, Herrn M. St. Steinweg, eingegangen. Im

Januar des vorigen Jahres wurden die ersten Klagen über genannten Herrn im Corr. laut (f. Nr. 9 u. 11 1895), die Streitfragen wurden in annehmbarer Weise stillschweigend gelöst, jetzt aber geht der Schachzug des Herrn St. gegen die verhassten Verbändler, die ihn, wie er behauptet, „ins Unglück gestürzt“, von neuem los. Es standen in der Regel zwei Mitglieder in der Offizin, welche stets nur durch Streik die Zahlung der „sehr“ häufigen Ueberstunden sich sichern konnten. Im Laufe dieses Sommers schloß Herr St. sich berufen, auch den durch die Kneippische Hellmethode berühmten Badeort Wörthhofen mit einer Druckerei zu beglücken. Zu diesem Behufe wollte er die bisher in seiner hiesigen Offizin im Betriebe gewesene Altpapier nach Wörthhofen transportieren und letztere durch eine größere gebrauchte Johannsberger ersetzen. Das Montieren der Maschine hatte er sich für den Sonntag (16. August) gedacht und glaubte nun fest, daß die in seinen „Dienst“ stehenden Kollegen sich ein Vergnügen daraus machen würden, unentgeltlich (einschl. des Fahrgeldes von 2 M.) dieses Geschäft zu besorgen. Die Kollegen Scheurer und Schüt weigerten sich natürlich, dies zu thun. Dem erstern wurde am Montage, da er auf tarifmäßiger Bezahlung beharrte und den Sonntag für sich verlangte, gekündigt. Derselbe trat am 29. August aus. Damit war erst recht der Anlaß für Herrn St. gegeben, gegen den Verband zu wettern: „Die Verbandsmitglieder müßten ausgemerzt werden“, der entlassene Kollege sei ein „Lump“, „Reiz“, „Spitzbub“ usw., der ihm sein ganzes Personal „verhebt“ habe. Die Sache wird nun ein gerichtliches Nachspiel haben. Am 3. September legte Kollege Späth und am 4. September Kollege Sporer die Arbeit nieder, natürlich unter den üblichen Formalitäten und „Ehrenbezeugungen“, jedoch ohne Auszahlung des Lohnrestes; Sporer hat sein Geld heute noch nicht. Am letzten Sonntag endlich, als zwei Kollegen bei Tisch saßen, kam es durch die Lebenswürdigkeit des Herrn St. wieder zu einer nicht besonders angenehmen Szene, im Verlaufe welcher Kollege Dietl sofort die Arbeit niederlegte und die Kollegen Schüt und ein Nichtverbändler (Maschinenmeister) in Kündigung traten. Der Wunsch des Herrn St. ist nun in Erfüllung gegangen — die Verbandsmitglieder sind ausgemerzt. — Für viele Kollegen dürfte es vielleicht nicht so ganz uninteressant sein, was Herr St. von einem Sezer, der kein „Lump“ sein will, verlangt: Er muß erstens einen eignen Winkel haben (ein Maschinenmeister infolgedessen wahrscheinlich mindestens eine Postenpresse), er muß zweitens nicht viel Salär verlangen, damit er nicht in Verführung gerät ein „Lump“ zu werden und drittens muß er täglich bis Witternacht arbeiten, selbst wenn er sich sagen muß, „daß er an Geist und Körper zu Grunde geht, den armen Steinweg darf er nicht verlassen“. Das hat Herr St. bisher — zwar nicht immer mit Glück und Geschick — verlangt. — Zum Schluß noch an alle Herren Prinzipale, welche von genanntem Herrn ihre Druckereien erworben haben, sowie an alle Kollegen, welche in den gegründeten Geschäften des Herrn Steinweg in Auclor, Holztruden, Landsberg, Fries, Plattling, Staffelfeld, Rünnerstadt, Simbad, Jubenburg, Wain, Niederolm, wie an anderen uns nicht bekannten Orten konditioniert haben, die Bitte, über dessen geschäftliche Taktik und über sein Verhalten als Prinzipal das ihnen zu Gebote stehende Material an den Kollegen J. A. Scheurer in Landsberg a. N. einzusenden. Es sollen die gemachten Mitteilungen nur dazu dienen, um uns in etwa eintretenden Fällen vor den Intriguen des Herrn Steinweg zu schützen.

H. Landsberg, 15. September. In unsrer am Sonntag abgehaltenen Monatsversammlung wurde nahezu einstimmig eine Resolution angenommen, in der die Versammlung gegen den Ausschluß von Opponenten der Tarifgemeinschaft protestiert und die Zurücknahme desselben fordert. Ferner wurde Erhöhung des jährlichen Gehaltes für den Gauverwalter Herrn Bölsch (event. um 500 M.) einstimmig gutgeheißen.

-ss. Vlegnitz, 12. September. Da im hiesigen wie auch wohl in anderen Bezirken die Einführung des neuen Tarifs seitens der Herren Prinzipale vieles zu wünschen übrig läßt, so wählte der hiesige Ortsverein vor einiger Zeit eine Tarifkommission, deren Aufgabe es sein sollte, nähere Fühlung mit den Prinzipalen zu nehmen, ob und wann sie gewillt seien, den neuen Tarif einzuführen. Zu diesem Zwecke versandte die Kommission 17 Anfragen an die Prinzipale in Vlegnitz, Parchwitz, Neumarkt, Jauer, Goldberg, Kogenau und Lüben. Hierauf gingen bis zur festgesetzten Frist nur vier Antwortschriften ein und zwar von Sachmann und Radowicz-Vlegnitz (mit je einem Gehilfen) und Wagner-Kogenau eine zusage, die Prinzipale Wilhelm London (Anzeiger), Oscar Feinze (Zeitung) und Karl Seyffarth teilten in einem gemeinsamen Schreiben folgendes mit: „Wir sind nicht gewillt, den neuen Tarif in unseren Druckereien einzuführen, dagegen erklären wir uns bereit, den älteren Herren Gehilfen, welche noch nicht einen wöchentlichen Lohn von 21 M. beziehen, denselben vom 1. September d. J. ab zu gewähren und an der neunstündigen Arbeitszeit (auschl. Pausen) festzuhalten.“ Aus den anderen hiesigen Druckereien, z. B. Theuner, Pöschel (zwei Gehilfen), fünf Behringe, elfständige Arbeitszeit) ging eine Antwort nicht ein und es ist in der letztgenannten Druckerei wohl auch nicht daran zu denken, daß bessere Zustände eintreten könnten. Die einzige Druckerei, die den neuen Tarif voll und ganz und ohne Hinzutun der Gehilfen bereits am 1. Juli einführt, auch eine Erhöhung des Mini-

mums fast aller Gehilfen vom 1. April nachzählte, ist die von Herrn Krumbhaar (Tageblatt). Aus Haynau und Bunzlau, wo Mitgliedschaften bestehen, liegen noch keine bestimmten Nachrichten vor, doch scheint keine Aussicht auf bedingungslose Einführung des Tarifs zu herrschen. Das Resultat wurde der heutigen Versammlung bekannt gegeben; es soll dem Tarifamte mitgeteilt und hinzugefügt werden, daß die hiesige Mitgliedschaft keineswegs damit zufrieden sei. Sodann wurde in Anregung gebracht, in nächster Zeit eine allgemeine Buchdrucker-Versammlung einzuberufen; vielleicht wäre es doch möglich, das eine oder das andre Nichtmitglied für unsere Reiben zu gewinnen, denn wie andernorts, so auch hier: Wo wir sind und Opfer bringen müssen, um zu ernten, da fallen ihnen die reifen Früchte in den Schoß. — Unter Sonstiges teilte der Vorsitzende mit, daß ihm eine Anzahl Exemplare von der B.-W. zur Verbreitung zugesandt seien; doch habe er keine Veranlassung gehabt, diesem Wunsche zu entsprechen. Die Versammlung mißbilligte ohne Ausnahme das Erscheinen dieses neuen Blattes. Dagegen entspann sich über die Ausschließung von Gash und Genossen aus dem Verband eine sehr lebhaft debattirte. Das Ergebnis war jedoch die Annahme einer Resolution mit 16 gegen 9 Stimmen, welche in dem Oppositionsblatte B. W. eine versuchte Zerspaltung des Verbandes erblickt und den Ausschluß von Gash und Genossen nach dem Statut und den Beschlüssen der Generalversammlung vollständig gerechtfertigt hält. Eine gegenteilige Resolution wurde mit 14 gegen 8 Stimmen abgelehnt. — Schließlich wurde über den schlechten Versammlungsbesuch gelsagt; von 46 Mitgliedern waren nur 26 erschienen. Leider ist es nur allzuwahrscheinlich, daß sich viele Kollegen deshalb von der Versammlung brüden, weil sie „das Gemähre“ satt haben. Hoffentlich kommen bald wieder ruhigere und bessere Zeiten zum Wohle und Gedeihen unsers allezeit hochzuhaltenden Verbandes.

E. Wiesbaden, 9. September. Wie in allen deutschen Gauen unserer Organisation, so liegt man es sich auch in unserm Bezirk angelegen sein, unsern größten Tagesfrage, der Einführung des neuen Buchdrucker-Tarifs, die erforderliche Aufmerksamkeit zu widmen. So fand denn auch, veranlaßt durch einen Beschluß der letzten Bezirks-Versammlung, am 23. August in unserm Vereinslokale, Thüringer Hof, eine Vertrauensmännerversammlung des Bezirks Wiesbaden statt, welche von sämtlichen Vertrauensmännern besucht war. Anknüpfend an das Protokoll des Zentralvorstandes, das übrigens in der Debatte eine ziemlich lebhaft Kritik erfuhr, wurde der Bericht über die Lage in den einzelnen Druckerereien erstattet, welcher folgendes Resultat ergab:

Namen der Druckerereien in den einzelnen Orten des Bezirks	Anzahl der Gehilfen		Anzahl der Mitgl.		Es arbeiteten		Arbeitslohn
	Anzahl	Wert	Anzahl	Wert	über Minimum	unter Minimum	
Wiesbaden.							
Karl Ritter	56	18	10	26	24	6	9
Gebr. Wetmedy	7	2	1	5	1	1	10
General-Weingel.	14	8	5	4	4	6	9
C. Schwegelberg	8	—	7	2	—	6	10
Kud. Bestold	24	7	8	10	2	12	9
A. Schellenberg	45	3	8	?	?	?	10
Gust. Welfer	4	1	—	2	—	2	9
Schwab	6	2	2	4	2	—	9
Edel	6	1	4	1	—	5	10
Rauch	3	1	2	—	—	3	10
Brems & Baum	11	8	10	3	4	4	9
Em. Sommer	13	6	5	5	—	7	9
Diep.							
Günter	4	—	3	—	—	4	10
Sommer	3	3	1	2	1	—	9
Dillenburg.							
Weidenbach	7	—	5	1	—	6	11
Bilg	1	—	2	—	—	1	11
Rehger	1	—	—	—	—	1	11
Nichter	1	—	—	—	—	1	11
Wiesbaden.							
Kramer	2	1	2	—	—	1	9
Zipper	4	—	1	3	—	—	10
Diebrich.							
Hofmann	8	2	5	2	—	6	10
Schanhua	6	—	—	1	—	5	10
Rüdesheim.							
Rischer & Weg	6	1	1	—	—	6	11
Mayer	3	2	1	—	—	3	11
Summa	243	66	80	73	38	86	—

Weiter muß auch hier wieder das Bedauern ausgesprochen werden, daß eine der größten hiesigen Buchdruckerereien, die A. Schellenberg'sche Hofbuchdruckererei, für unsere Mitglieder verschlossen bleibt. Wir wollen hoffen, daß der betr. Herr bald einmal den rechten Begriff über die Koalitionsfreiheit der Gehilfen bekommen möge. Als charakteristisch sei noch bemerkt, daß in der Buchdrucker-Reich hier selbst die zwei dort beschäftigten Herren Seyer (?) abwechselnd das Rad der Maschine drehen (sic!). Die Verhältnisse im Bezirk ist wohl noch eine ziemlich günstige zu nennen, abgesehen von der Firma Brems & Baum, wo bei elf Gehilfen immer noch zehn Gehilfen beschäftigt sind. Unsere Mitglieder haben aber auch da festen Fuß gefaßt und werden beflissen sein, diesem

Uebelstande bald zu steuern. Dasselbe Verhältnis und früher noch bedeutend schlimmer befindet sich bei Schwegelberger, nur sind dort keine Mitglieder thätig. Der neue Tarif gelange in den einzelnen Druckerereien in der Zeit vom 1. bis 15. Juli zur Einführung, ausgenommen zwei hiesige Druckerereien, welche denselben schon im Mai bezw. Juni bewilligten. Abgesehen von einigen kleinen „Quetschen“, welche in einem Falle sogar unsere schwarze Kunst mit einem Gemüthsandel verbunden betreiben, ist dies so die Statistik der letzten Tage. Hinzugefügt sei noch, daß auch hier der Tarif in die Hände der wenigsten Mitglieder gelange und in einem Geschäft mit annähernd 60 Gehilfen nur 18 dieser Selbstlicher eintrafen. — Ueber die Maßnahmen zur allgemeinen Einführung des Tarifs entstand eine recht lebhaft Debatte. Beschlossen wurde, daß die einzelnen Personale bei ihren Prinzipalen vorstellig werden und sodann über ev. Verweigerung an den Gehilfenvertreter Gieseke in Berlin appellieren sollten, das weitere dann der Tarifkommission überlassend. Außerdem wurde in längerer Diskussion der Instanzenweg in unsrer Organisation bemängelt. Diefelbe zeitigte folgende Resolution: „Die heutige Vertrauensmännerversammlung des Bezirksvereins Wiesbaden drückt über das Protokoll des Zentralvorstandes, betr. das Vorgehen bei Einführung des Tarifs im einzelnen oder im allgemeinen, sowie auch gegen die Einrichtung, daß das Vorgehen unbedingt erst dem Zentralvorstand einzureichen sei, entschieden ihre Mißbilligung aus; ev. ist, wie seither, in erster Linie dem Bezirksvorstand in Tarifstreitigkeiten die Vorhand zu überlassen.“ Nachdem noch ein Antrag auf Erhöhung der Mieten für die hinzugezogenen auswärtigen Vertrauensleute zur nächsten Bezirksversammlung eingebracht wurde, schloß der Vorsitzende die äußerst interessante Sitzung, welche vormittags 10 Uhr begann, mit einem Hoch auf den Verband um 5 Uhr nachmittags. Wollen wir hoffen, daß in unsrer schönen Wälderstadt bald wieder der Verband feste Wurzeln schlägt wie ehemals, daß sie sich mit Recht wieder als eine Perle des Gaus Mittelrhein betrachten darf, zum Blühen und Gedeihen unsrer ganzen Organisation.

Reife. Die hier am Orte bestehende (Dr. Kranke-)Kasse Nr. 4, zu welcher 24 Genossenschaften (u. a. auch die Buchdrucker) ihre Beiträge zahlen, erhöhte im Jahr 1893 das Krankengeld um das Doppelte; so erhielten z. B. die Mitglieder der ersten Klasse jetzt 75 Pf. 1.50 Mk. pro Krankentag. Es sollte trotz dieser höhern Leistung immer noch etwas für den Reservefonds zurückgelegt werden können. Jedoch hatte man sich in dieser Hinsicht gemäßig verhalten. Am 22. Juni fand eine Generalversammlung statt, in welcher den Mitgliedern mitgeteilt wurde, daß die Kasse vom Reservefonds ungefähr 3000 Mark gesetzt und infolgedessen der Vorstand den Beschluß gefaßt habe, die Unterfertigungsgelder wieder auf die alte Summe herabzusetzen. Dieser Antrag des Vorstandes wurde aber abgelehnt mit der Motivierung, daß 1. keines der Mitglieder mit 75 Pf. pro Tag ankommen könne, 2. die Kgl. Regierung, falls dieser Antrag durchgegangen wäre, bei einem vielleicht erzielten zukünftigen Emporblühen der Kasse sobald nicht wieder den jetzigen Modus einzuführen gestatten würde und 3. die Arbeitnehmer dadurch auf Jahre hinaus mit 75 Pf. bei gleich hohem Betrage zufrieden sein müßten. Der Einwand, daß durch eine Erhöhung der Beiträge um 3 resp. 6 Pf. und Verminderung des Krankengeldes um 50 Pf. die Kasse sich event. wieder erholen könne, wurde damit entkräftet, daß selbst die zehnfache Erhöhung der Beiträge nicht im stande wäre, den Reservefonds zu ergänzen. Da nächst dem ein Regierungsentcheid zu erwarten ist, die Kassenmitglieder aber gesonnen sind, unter allen Umständen an der jetzigen Position festzuhalten, so richtete ich an alle Kollegen die höfliche Bitte, mich mit einigen Angaben über Mitgliederzahl, Beiträge, Leistungen usw. der Ortskrankenkassen, welche ähnliche Kalamitäten befieligen haben, unterzuziehen zu wollen. Ebenso erwünscht wäre die Auskunft, ob und wie man eine Ortskrankenkasse graphischer Berufe mit Hingunahme einiger anderer Gewerke ins Leben rufen kann. — Für etwaige Zuschriften stattet Unterzeichneter im voraus seinen Dank ab.

Medius, Mißhofffrage 76.
P. Weidenbach. Eine von 33 Kollegen besuchte, am 12. September abgehaltene Versammlung des hiesigen Ortsvereins wählte an Stelle des nach Leipzig in Konvention gegangenen Kollegen Knecht den Kollegen Köhne zum Kassier und bewilligte einen Beitrag von 25 Mk. zu den Projektkosten Döblin contra Gash aus der Ortsvereinskasse in gehelter Abstimmung mit 26 gegen 6 Stimmen und 1 Stimmenthaltung. Ferner wurde das Obligatorium auf den Corr. einstimmig aufgehoben und infolgedessen der Ortsvereinsbeitrag um 5 Pf. herabgesetzt.

Aus Weiningen schreibt uns Herr Gottlob Rommel unter Bezugnahme auf den Bericht in Nr. 100 (Bezirk Koburg), daß er keine Buchdruckererei habe. Der betr. Lehrling lerne als Buchbinder und werde auf seinen Wunsch in der kleinen Druckererei, die Herr Rommel nebenbei betreibt, mit beschäftigt. Man brauche demnach um das Fortkommen desselben nicht besorgt zu sein. Herr R. betont, daß er sich und seine Familie in der Hauptstadt von der Buchbindererei ernährt. Wir wollen das gern glauben, aber da er die Druckererei mit drei Postenpressen und einer Tretramchine doch nicht zum Vergnügen betreibt, auch Buch- und Steindruckerei firmiert, so wird er es den Buchdruckern nicht bezargen, wenn sie an-

nehmen, daß ihnen in dem buchdruckernden Buchbinderlehrling (oder Lehrlingen?) später eine unliebsame Konkurrenz erwächst.

Kundschau.

Buchdrucker und Verwandtes.
Zur Ausschlußfrage nahm Stellung eine „gut besuchte“ Mitglieder-Versammlung in Unsbach; sie mißbilligte einstimmig auf das entschiedenste die erfolgten Ausschließungen und erwartet baldigste Zurücknahme dieser Maßregel. In gleicher Weise sprach sich eine von 25 Mitgliedern besuchte Versammlung des Ortsvereins Pforzheim aus und zwar einstimmig, ferner Landshut (i. Corr.) nahezu einstimmig, Köthen verlangt Rückgängigmachung des Ausschlusses, um eine Spaltung und Zerspaltung in den Reihen des Verbandes zu verhüten. Man bedauerte, daß der Verbandsvorstand nicht schon auf der Generalversammlung sein Amt niederlegte und verlangte, daß dies nunmehr geschehe. Der Red. des Corr. glaubt Einsender dadurch seine Mitwirkung kundgeben zu müssen, daß er ihr die Resolution ohne jedwede Unterschrift zugehen ließ. Vom Erghabenem zum Nächstlichen ist bekanntlich nur ein Schritt. Eine Versammlung in Wiesbaden erklärte mit 11 gegen 6 Stimmen den Ausschluß als statutenwidrig, da ein solcher nur auf Antrag einer Mitgliedschaft durch den Gauvorstand erfolgen könne und die letzte Generalversammlung diese Bestimmung ausdrücklich für hinreichend erkannt habe. Ferner protestierte die Versammlung energisch gegen dergleichen einseitige Maßnahmen, sie betrachtet diese als Eingriffe in die Rechte der Mitgliedschaften. In Bittau haben sich 56 Kollegen auf zirkulierenden Listen gegen den Ausschluß Sinnermanns-Dresden ausgesprochen, besgl. eine Versammlung, welche den Ausschluß als einen Gewaltstreich des Verbandsvorstandes bezeichnete und Herrn Döblin den Rat gibt, von seinem Posten zurückzutreten. In Weiningen wurde ebenfalls die übliche Resolution gegen den Ausschluß eingebracht, aber abgelehnt. Das Gleiche geschah in Freiburg i. Br. Für eine Resolution, welche die Rechtfertigung des Vorstandes als überflüssig erklärte, die Zurücknahme des Ausschlusses fordert und die Sache den Bezirks- resp. Gauversammlungen überweisen wissen will, waren nur drei Stimmen, eine zweite im Sinne der Duisburger (i. u.) nur acht Stimmen zu haben. In der Versammlung waren von 130 Mitgliedern 69 anwesend. In Duisburg erblickt man die Befestigung des gegenwärtigen Widerstandes der Meinungen nur in der Einstellung des Erscheinens der B.-W., da dieselbe sich programmäßig direkt gegen die Beschlüsse der Generalversammlung richtet und durch ihre persönlichen Angriffe die augenblicklichen unerquicklichen Zustände nicht befeitigen hilft, sondern von neuem hervorruft. In solchem Falle würden wahrscheinlich auch die Ausschüsse sofort zurückgenommen werden. Die betr. Resolution wurde mit 14 gegen 10 Stimmen angenommen. In gleicher Weise resolvierte der Ortsverein Essen (i. Corr.). In Stegny (i. Corr.) sprach man sich gegen die B.-W. aus und hielt den Ausschluß für gerechtfertigt.

Der im vorstehenden dem Verbandsvorstande mehrfach gegebene „freundschaftliche“ Rat, sein Amt niederzulegen, ist angeht die tatsächlichen Verhältnisse recht — sagen wir eigentümlich. Wenn besten Willen hierzu könnte der Vorstand diesem Rate nicht stattgeben, wenn er nicht als sähnesüchtig angesehen werden wollte. Wir glauben sogar, daß selbst die sogenannte Opposition in solchem Fall in ihrer bekannten drastischen Ausdrucksweise ihm dann nachsagen würde: Seht Ihr's, nun hat er den Karren in den Dreck gefahren und überläßt es uns, ihn wieder herauszuziehen. Und wie das gemacht werden kann, das wissen ja bekanntlich auch viele derjenigen Mitglieder nicht, welche sonst mit Nebenarten und Resolutionen stets „auf dem Blase“ sind. Wir stellen fest, daß der Corr.-Redakteur G., ausgerüstet mit einem diebstahligen Altematerialie, zu Felde resp. nach Halle zog, um den „Eisnar“-Döblin zu fesseln. Das gelang ihm nicht, im Gegenteil schwenkte sogar seine eignen Mannen, nachdem sie beide Teile gehört, in das Lager des Vorstandes ab. Wie das geschah, darüber liegt ein voluminöses Protokoll vor. Dem Vorstande wurde danach das Zeugnis ausgestellt, daß er zu recht gehandelt, worin das Verlangen eingeschlossen war, daß er bis zum Jahr 1899 auf seinem Posten auszuhalten und in der bisherigen Weise das Verbandsblatt zu führen habe. Man kann nun zwar diesen Beschluß der Generalversammlung kritisieren, auch abfällig, aber darf ihm nicht entgegenarbeiten, das erfordert die Disziplin. Wenn jedes einzelne Mitglied das Recht haben soll, sich einfach über die Beschlüsse der Generalversammlung hinwegzusetzen, so ist nicht nur diese, sondern überhaupt die ganze Organisation überflüssig. Wenn G. das menschliche Bedürfnis fühlt, seine Niederlage auszuweihen resp. seinen ursprünglichen, oben angegebenen Plan doch noch zur Ausführung zu bringen, so ist dies doch kein Anlaß für die übrigen Mitglieder, ihm in dieser rein persönlichen Angelegenheit Gefolgschaft zu leisten, selbst auf die Gefahr hin, den Verband zu zersplittern. Vielleicht nimmt sich das vorstehend Gesagte mancher zu Herzen und stellt es ein, unmögliches zu verlangen.

Um das Bittauer Amtsblatt, das von Neujahr 1897 ab auf weitere zehn Jahre vergeben wird, haben sich nach der B. W. neben dem bisherigen Drucker Wenzel noch zwei andere Firmen beworben, eine billiger als die andre: Herr Wenzel will 1000 Mk. von dem bisherigen

Preise fahren lassen, eine andre, ungenannte Firma unterbot ihn noch um 2000 Mk., will das Blatt also um 3000 Mk. und die Firma Saake & Boes sogar um 10000 Mark pro Jahr billiger herstellen als bisher. Wo bleibt da die „Hebung des Gewerbes“?

Der Besitzer der Schles. Zeitung, Heinrich v. Korn in Breslau, will seiner Vaterstadt 500000 Mk. schenken unter der Bedingung, daß die Stadt das bisherige Ständehaus zur ausschließlichen Verwendung für ein Kunstgewerbe-Museum und zur Aufnahme des Museums jüdischer Altertümer erwerbe und den nötigen Umbau übernehme.

Das jüngst gegründete Halbhauser Tageblatt (München) ging ein und der Herausgeber, Buchdrucker Wils mater, wurde verhaftet, weil er die Kautions von vier Ausgehern als „Betriebskapital“ verwendete. Fünf Geber, die ihren „Prinzipal“ wegen Lohnrückstandes in der Gesamthöhe von 195 Mk. verklagten, erwirkten zwar beim Gewerbegericht Besühnunsurteil, dürfen aber das Nachsehen haben, da die gesamte Buchdrucker-Einrichtung noch Eigentum der betreffenden Lieferanten ist.

Der Schweizerische Typographenbund hat in seinen 21 Sektionen im zweiten Quartal 1896 zusammen 5929,80 Fr. in der Allgemeinen Kasse und 13947 05 Fr. in der Kranken- usw. Kasse eingenommen und 1358,50 bzw. 10229 Fr. in demselben Zeitraum ausgegeben.

Die Deutsch-Amerikanische Typographia hat im Monat Juli 2099,92 Doll. eingenommen und 2628,57 Doll., also 528,65 Doll. über die Einnahme, ausgegeben. — Der langjährige Bundessekretär Hugo Miller in Indianapolis wurde mittels Urabstimmung nahezu einstimmig für dieses Amt wiedergewählt. — Das englische Morgenblatt Plain Dealer in Grand Folks hat nach sechsmonatlichem Boykott die J. B. durch schließlich entlohnte Maschinen erstein organisiert Maschinenseher wieder einstellen und die Lohnskala der Union ones kennen müssen. — In Canton (N.) wurden am 10 August plötzlich sämtliche Geber des Daily Record entlassen und deren Plätze durch Mädchen und „Kais“ (unorganisierte Arbeiter) besetzt, trotzdem der Besitzer sich verpflichtet hatte, den Unionstart auf ein Jahr anzuerkennen und etwa beachtliche Verwendungen des Tarifs 30 Tage vorher bekannt zu geben. Eine Klage auf Herauszahlung des rückständigen Lohnes von 30 Tagen wegen kündigungloser Entlassung wird den vertragsbrüchigen Prinzipal vielleicht wieder zur Besinnung bringen. — Eine ganze Reihe von Ausständen sind unter den englisch-sprechenden Kollegen besonders wegen beständiger Beschränkung der Koalitionsfreiheit ausgebrochen, so in Louisville, Omaha, Augusta, Charleston, Reading u. a. Orten.

In Amsterdam erlosch sich der Schriftsteller Max Faras, Uebersetzer mehrerer ungarischer Dichtungen ins Deutsche, 46 Jahre alt. — In Warschau vergiftete sich der Roman- und Bühnenschriftsteller Ladislaus v. Ordynski, früher in Galizien.

Sozialreform, Sozialreform, Volkswirtschaft.

Das preussische Kammergericht hat in einem Fall entschieden, daß ein Gewerbetreibender wegen Uebertretung der Bestimmungen über die Sonntagsruhe dann nicht bestraft werden kann, wenn er den Nachweis erbringt, daß die Uebertretung von einem Angestellten ohne sein Wissen und Wollen, also J. B. während seiner Abwesenheit und gegen seine Anordnung begangen worden ist. — Es ist nicht gut denkbar, daß gegen den ausdrücklichen Willen des „Herrn im Hause“ so etwas vorkommen kann. Durch ein solches Urteil wird es ermöglicht, daß J. B. ein Werkführer im Interesse des Unternehmers sündigt. Das Gesetz sollte beide Teile zur Verantwortung ziehen, den Unternehmer wie sündigenden Arbeiter.

Der Arbeiter soll nicht mehr sparen dürfen. Die Vorteile, welche ihm die Konsumvereine bieten, sollen ihm verfallen werden. Nachdem die zweite sächsische Ständekammer vorgeschlagen hatte, den sächsischen Gemeinwesen die Besteuerung der Konsumvereine anheimzugeben, haben sich etliche von diesen, wie Burgstädt, Waldheim usw., sofort daran gemacht, die Konsumvereine mit einer dreiprozentigen Umsatzsteuer zu beglücken und der Kreisaußschuß hat diese Regulative mit der Einschränkung befähigt, daß nur 2 Proz. vom Erlöse der Konsumvereine als Ortssteuer erhoben werden dürfen.

Der Verband der Eisenindustriellen Rensburgs versendet schwarze Listen, welche die Personalien von 527 Arbeitern enthalten. Nach diesem Rezepte dürfte es bald Arbeiter, welche nicht auf einer schwarzen Liste stehen, nicht mehr geben und so der „wohlwollende“ Zweck der Unternehmer, die Arbeiter auszuhungern, wenn diese sich nicht dem Willen der ersteren fügen, auf die einfachste Weise bereitet werden.

Die nicht neue Frage, ob in Bezug auf Verteilung von Flugblättern die Hauszsure bewohnter Häuser als öffentliche Orte im Sinne des Gesetzes zu betrachten seien, wurde auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft in Kagen vom Schöffengericht verneint.

Industrie und Gewerbe.

Der Niedergang der Klein- und Mittelbrauereien kam in der Generalversammlung des Bundes der mittleren und kleineren Brauereien der Norddeutschen Brauereigemeinschaft zur Sprache. Es wurde derselbe ziffermäßig nachgewiesen. Während die Biergewinnung in ganz Deutschland seit 1875 um 41,9 Proz., im norddeutschen Steuergebiete sogar um 59 Proz. stieg, sank die Zahl der im Betriebe befindlichen Brauereien von 12701 auf 8029, d. h. um 36,79 Proz. oder, wenn man

nur die gewerblichen Brauereien in Rechnung zieht, immer noch um 31,11 Proz. Daß sich der Niedergang ausschließlich auf die kleineren und mittleren Betriebe erstreckt, dies weist das Statistische Jahrbuch des Deutschen Reiches nach. Die Zahl der Betriebe mit über 1500 bis 6000 Mk. Brausteuern fiel um 12,74, die mit über 600 bis 1500 Mk. um 30,55, die mit über 300 bis 600 Mk. Steuer um 35,42, die mit mehr als 60 bis 300 Mk. Steuer um 48,73, die mit mehr als 15 bis 60 Mk. Steuer um 58,89, die Betriebe mit bis zu 15 Mk. Steuer um 54,37 Proz., wogegen die Zahl der Betriebe mit über 6000 bis 15000 Mk. Steuer um 44,2 Proz. und die Zahl der Betriebe mit über 15000 Mk. jährlicher Brausteuern um 96,95 Proz. gestiegen ist. Während die Zahl der im Rückgang begriffenen Betriebe von 12133 auf 7108, das ist um 5025 oder 41,42 Proz. sank, stieg diejenige der Großbetriebe von 568 auf 923, das ist um 355 oder 62,5 Proz. — Ein Vorstandsmittglied des eingangs genannten Bundes, Herr Schönbed-Neuruppin, kritisierte diese Entwicklung. Er führte u. a. aus: „Das Heer der Beschlofen wird durch den Niedergang uners Brauereigewerbes gewaltig vermehrt. Lassen Sie uns einmal annehmen, daß jeder selbständige Brauereibetrieb im Durchschnitt, ohne die Bierfahrer, nur vier Arbeiter beschäftigt, was gewiß nicht zu hoch gerechnet ist, so wären mit dem Eingehen jener 3500 Betriebe 14000 Arbeitsstellen verschwunden. Rechnen wir ferner an, daß der verhältnismäßig mit sehr viel weniger Personal schaffende Großbetrieb wirklich 1500 bis 2000 jener Arbeiter in seine Betriebe eingestellt hätte, so hat sich immer noch die Armee der Arbeitslosen um ungefähr 12000 vermehrt. Gewaltig groß ist auch der Verlust, den die für den mittleren und kleinen Brauereibetrieb arbeitenden Handwerker an ihrem Verdienst erlitten haben. Zahlenmäßig läßt sich das gar nicht abschätzen. Die Großbetriebe in den größeren Städten können den Handwerkern der kleinen Orte, aus denen die Brauereien verschwunden sind, dafür keinen Ersatz bieten; sie beziehen auch einen großen Teil der Bedarfsartikel für ihren Betrieb, den der kleine und mittlere Brauer bei den heimischen Handwerkern bestellte, im großen von großen Fabriken oder stellen ihn selber her. Auch die einheimische Landwirtschaft erleidet schwere Einbußen. Der Brauer in der kleinen Stadt entnahm seine Gerste von den Landwirten der Umgegend, die bei ihm ihrerseits ihren Bedarf an Bier deckten und auch die Treber tauschten. Der Großbrauer hat keine Verpflichtungen und bezieht seine Gerste, von wo es ihm beliebt. Den Barverlust, den das Volkvermögen durch das Verschwinden jener 3500 Brauereien erlitten hat, wage ich gar nicht annähernd zahlenmäßig zu schätzen. Er beläuft sich zweifellos auf viele Millionen. Wertlos geworden oder stark entwertet sind die Brauerei-Einrichtungen, die Kellereien, die Maschinen. Verloren sind die Kapitalien, die der einzelne Brauereibesitzer in seinen Betrieb hineingesteckt hat. Verloren ist der Ertrag redlicher treuer Arbeit von vielen Jahren. Der große Geldsack hat über die reibliche Arbeit gefügt und sie unterjocht. Mit Leichtglut lassen sich durch Begründung von Aktiengesellschaften riesige Kapitalien zusammenbringen, denen gegenüber sich kein kleinerer und mittlerer Betrieb behaupten kann, und diese Ausbringung von Mitteln für Großbetriebe aller Art wird noch überaus begünstigt durch unsere Aktiengesetzgebung.“

Die Gutfabrikanten in Berlin sind nach dem für die Geblissen unglücklichen Ausgange des Streiks sofort bei der Hand mit einer Lohnkürzung, die zum Teile bis 50 Prozent beträgt, und der Beschränkung des Koalitionsrechtes. Sie verlangen Ausritt aus der Geblissen-organisation und Beitritt zu einem von ihnen gegründeten „Wohltätigkeitsvereine“. Zur Beförderung ihrer Pläne haben sie Hunderte von Arbeitern auf die schwarze Liste gesetzt, um sie durch Hunger müde zu machen. (Das ist so etwa das „Eldorado“, das sich die Opponenten in Buchdruckerkreisen herbeiwünschten schätzen!) — Die Berliner Hutmacher finden nun einigermaßen Schutz in der von Arbeitern gegründeten „Deutschen Gutfabrik“ in Berlin, die zur Zeit 150 Personen beschäftigt und pro Jahr etwa 250000 Stück Hüte produziert welche durch eine grüne Marke gekennzeichnet sind, die unter dem Schweißleber steht. Die Produktion der Fabrik kann leicht auf das Doppelte erhöht und damit eine größere Zahl von Arbeitern dem Joch der Herren Fabrikanten entzogen werden. Der Vorstand der organisierten Hutmacher Berlins ersucht uns, auch unsere Kollegen für Unterstützung der Hutmacher durch Ankauf von Hüten im Bedarfsfalle zu erwärmen, was hiermit verurteilt sein soll.

Im Erzgebirge besetzen 27 vom Staate beauftragte und unterstützte Spitzenschnepfenschulen. Die gesamte Schülerzahl betrug im vorigen Jahr 1284. Der Gesamtarbeitsverdienst der SchülerInnen stellte sich auf 28675 Mk. Der höchste Arbeitsverdienst, den eine Schülerin erreichte, war 114 Mk.

Vereine, Kassen usw.

Der Zentralverband der Gemeindebeamten Preußens, der bereits 4000 Mitglieder zählt, wollte eine Sterbekasse gründen, wurde aber abgewiesen, weil ein Bedürfnis nicht anerkannt werden könne, die erforderliche umfangreiche Organisation in keinem Verhältnis zum Kassenzweck stehe, die Verwaltung einer derartigen Kasse verurteilt und insofern die Leistungsfähigkeit beschränkt werde; auch stelle die größere Ausdehnung der Kasse Anforberungen an die Leitung und Aufsicht, deren Erfüllung

die Kräfte der leitenden Personen leicht übersteigen könnte. Endlich könnten auf dem Umlageverfahren beruhende Sterbekassen überhaupt nicht mehr zugelassen werden. So lautet der Bescheid des Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg im Auftrage des Ministers. Wenn Einzelpersonen als Gründer auftreten, so mag ja diese Sorge ganz am Platze sein, ein geschlossener Verein muß aber doch besser wissen, ob ein Bedürfnis vorhanden ist.

Der Verband der Tischler in Dänemark zählt 3200 Mitglieder bei 4500 Berufsgenossen. Als eine Folge dieses Zusammenhanges macht sich eine feste Verbesserung der Arbeitsbedingungen bemerkbar. Die Unternehmer haben sich ebenfalls organisiert, konnten aber nicht viel ausrichten, die im Jahr 1895/96 stattgefundenen 26 Lohnkämpfe fielen zumeist zu Gunsten der Arbeiter aus. — Die organisierten Dreschler ebenfalls selbst zählen in 11 Lokalverbänden etwa 200 Mitglieder. Auch diese sind auf dem Lohngebiete nicht untätig gewesen und haben in einer Reihe von Orten die Einführung eines Minimaltarifs ohne Streik erzielt.

Arbeiterbewegung.

Beendet ist der Ausstand in der Brandischen Lugschpapierfabrik in München. Die Maßregelung wurde zurückgenommen, die neunstündige Arbeitszeit, ein Mindestlohn von 18 Mk. (8 Mk. für Arbeiterinnen), die Einsetzung eines Arbeiterausschusses, alsbaldige Regelung bezw. Erhöhung der Wochenlöhne sofort, der Altkorblöhne für nächstes Frühjahr bewilligt. Die Dachbeder in Wiesbaden nahmen die Arbeit wieder auf nach Bewilligung etw. kleiner Lohnerhöhung und Verlängerung der Mittagspause um eine halbe Stunde.

In Berlin stellte das Personal der Buchbinderet Lüderich & Bauer wegen Maßregelung die Arbeit ein. Schloffer streikten noch 260 in 17 Werkstätten, während 1438 in 65 Werkstätten unter neuen Bedingungen arbeiten. In Großsaul in Wahren streikten 52 Weiserinnen der Seidensabrik Gebrüder Waader wegen Lohnkürzung; in Grimnitzschau die Weber der Firma Fischer wegen Lohnhöherungen, in Panau die Arbeiter der Fassfabrik Verneaud & Kallhof, in Tripitz (Hür.) die Waler und Dreher wegen Maßregelung usw., in Wien die Bildhauer der Möbelfabrik S. Jaray wegen Lohnhöherungen.

Der Proletariat aus dem Eulengebirge sollte durchaus großen Unjug verübt haben durch ein Inserat, welches die Arbeiter aufforderte, sich nicht nach Kottbus ziehen und dazu gebrauchen zu lassen, durch Unterstützung der Unternehmer den Ausstand der Arbeiter zu sichern resp. zu beinträchtigen. Die Staatsanwaltschaft in Meidenbach wollte den Redakteur wie den Entsender bestrafen lassen, aber das Amtsgericht daselbst wie auf erhobene Beschwerden das Landgericht in Schweidnitz lehnten dies ab. Letzteres u. a. mit folgender Begründung: „Inwiefern darin ein großer Unjug liegen soll, ist nicht zu ersehen. Die Arbeiter haben das Recht, einen Ausstand zu veranstalten und mit allen Mitteln, welche nicht gesetzlich verboten sind, wie z. B. Drohung, Erpressung und dergl., durchzuführen. Von diesem Rechte haben sie hier in erlaubter Weise Gebrauch gemacht. Dafür, daß dadurch das Publikum in ungehöriger Weise beunruhigt worden wäre oder hätte in Unruhe versetzt werden können — wie es zum Begriffe des großen Unjugs gehört — liegt gar nichts vor. In der Beschwerde wird zugegeben, daß der Zweck des Inserats der oben gedachte gewesen sei. Unrichtig ist aber, daß, wie es weiter heißt, dadurch bei allen Arbeitgebern im Zeitliche die Besorgnis einer Schädigung erweckt werden konnte. Das Inserat bezog sich nur auf den Kottbuser Ausstand und berührte die Arbeitgeber an anderen Orten gar nicht. Daß Ausstände überall vorkommen können, ist eine bekannte Erfahrung, die nicht erst durch ein solches Inserat darzulegen wurde. Die Stimmung einzelner Arbeitgeber, welche etwa daran Anstoß nehmen, kann aber nicht maßgebend sein.“

Zu vier Wochen Gefängnis wurde in Breslau ein Maurer verurteilt, der in einer Versammlung das Wort Streikbrecher gebraucht, und zu zwei Wochen der Redakteur der Breslauer Volkswacht, der dieses Wort in seinem Versammlungsberichte wiedergab. Die zweite Inhaftierung erlitt auch noch auf Einziehung der betr. Nummer und Unbrauchbarmachung des Saßes oder „der zur Herstellung verwendeten Formen und Platten“, wie es im Besetze heißt. Man erblicke in diesem Wort eine Ehrverletzung derjenigen Arbeiter, welche die Arbeit wieder aufgenommen. Da jedes Ding einen Namen haben muß, so wird man nun nach einer andern Bezeichnung suchen müssen. Wie eine solche in allen Ländern thatsächlich vorhanden ist, so wird man auch in Deutschland nicht darum herum kommen.

Der Schuhmacherstreik in Leipzig, der 22 Tage dauerte und den Lohnverdienst sowie einen Minimallohn von 30 Pf. brachte, hat 1567 Mk. Kosten verursacht.

Gesunden.

In Aschaffenburg Heinrich Krenz aus Blattbach, 24 Jahre alt — Schwindsucht. R. konditionierte in verschiedenen Städten Deutschlands, insbesondere Sachsens. In Danzig am 23. August der Geber Rudolf Rosener, 32 1/2 Jahr alt — Gehirnerweichung.

Briefkasten.

E. v. Frankfurt a. M.: In acht bis vierzehn Tagen. — U. in Straßburg: Quartalsabrechnung nächste Nummer.